

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 pbbn d

Inhalt

Antje Huber MdB, Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, unterstreicht, daß älteren Bürgern der humane Lebensstil erhalten bleiben muß:
Persönliche Zuwendung,
Seite 1/2

Björn Engholm MdB kommentiert die CDU/CSU-"Zukunftsperspektiven für unsere Jugend": Herrn Maiers erhobener Zeigefinger erreicht die Jugend nicht.
Seite 3

Jakob Deffner MdL kritisiert, daß Parteipolitik zwar im Betrieb aber nicht in bayerischen Handelskammern verboten sein soll: Wie's der CSU gerade gefällt.
Seite 4

Volker Lakemeyen sieht in der geplanten NDR-"Jedermann-Show" Menschenverachtung: Auf Kosten der Programmqualität.
Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 157

19. August 1980

Persönliche Zuwendung

Älteren Bürgern muß humaner Lebensstil erhalten bleiben

Von Antje Huber MdB
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es heute rund 6.000 Heime für ältere Menschen und für behinderte Volljährige mit rund einhalb Million Bewohnern. Die Bundesregierung sieht es als eine wichtige sozialpolitische Aufgabe an, die Interessen der Heimbewohner zu schützen. Das 1975 in Kraft getretene Heimgesetz und die dazu erlassenen Rechtsverordnungen mit einem breiten Spektrum an Maßnahmen haben zu einer wesentlichen Verbesserung in den Heimen geführt. Die verstärkte Überwachung der Heime durch die Behörden, die Festlegung bestimmter baulicher Ausstattungen wie Größe der Zimmer, Treppen, Sanitäreinrichtungen, et cetera, der Schutz der Heimbewohner vor finanziellen Nachteilen - insbesondere bei der Gewährung von Finanzierungsbeiträgen an Heimträger -, die Möglichkeit der Heimbewohner, über die Bildung von Heimbeiräten in inneren Angelegenheiten des Heimbetriebs mitzuwirken und ihre Anliegen gegenüber dem Heimträger zu vertreten, sind wichtige Schritte auf dem Weg zu diesem Ziel. Das bedeutet allerdings nicht, daß damit schon alle Probleme gelöst wären. Es bleibt noch vieles zu tun, bis in allen Heimen die Ziele des Heimgesetzes ganz verwirklicht sind.

Zu den ungelösten Problemen gehört die Festlegung eines Personalmindestschlüssels für Einrichtungen mit Pflegebedürftigen. Die Bundesregierung wollte im Vorjahr in der von ihr vorgelegten Heimindestpersonalverordnung einen Schlüssel von eins zu vier (eine Pflegekraft für vier Pflegebedürftige) festlegen. Die CDU/CSU-regierten Länder haben mit Ausnahme des Saarlandes dem nicht zugestimmt, so daß die



Verordnung bisher nicht erlassen werden konnte. Ein Mindestschlüssel von eins zu vier ist unverzichtbar. Das haben inzwischen vorliegende wissenschaftliche Erkenntnisse und Stellungnahmen sachverständiger Gremien bestätigt. Dabei kann das Personalproblem in Pflegeheimen nicht - wie verschiedentlich vertreten - durch einen verstärkten Einsatz der Technik - zum Beispiel durch Verwendung von Monitoren und Gegensprechanlagen - gelöst werden. Im Mittelpunkt der Betreuung des Heimbewohners muß die persönliche Zuwendung stehen. Eine noch so gute technische Ausstattung - auch um den Preis eines geringeren Personalaufwandes - wäre ein unzulänglicher Ersatz. Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit bedauert die ablehnende Haltung der Mehrheit des Bundesrates umso mehr, als dadurch die Hilflosesten und vom Schicksal besonders hart betroffenen Menschen unserer Gemeinschaft benachteiligt werden.

In Zusammenarbeit mit den Ländern werden gegenwärtig Grundsätze erarbeitet, die die Position der Heimbewohner bei der vertraglichen Ausgestaltung ihrer Beziehungen zum Heimträger stärken. Es soll verhindert werden, daß im Wege der vertraglichen Abmachung der Heimbewohner aus einem möglichen Abhängigkeitsverhältnis heraus Rechtspositionen aufgibt, auf die er zur Sicherung eines humanen Lebensstils nicht verzichten kann.

Die besten Rechtspositionen nützen wenig, wenn die Betroffenen keinen Gebrauch davon machen. Deshalb wird es ein Schwerpunkt künftiger Arbeit sein, mehr als bisher die Heimbewohner über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären. Dazu gehört auch, daß sie die Möglichkeit der Mitwirkung über die Bildung von Heimbeiräten nützen. Wie Erhebungen bei den Heimträgern ergeben haben, konnten aufgrund der 1976 erlassenen Heimmitwirkungsverordnung bereits in nahezu 90 Prozent der Einrichtungen Heimbeiräte gebildet werden. Sie sind inzwischen ein wichtiges Element des Heimlebens und ein wichtiger Faktor kooperativen Wirkens zwischen Heimbewohnern und Heimleitern. Aber auch dort, wo die Bewohner, insbesondere wegen ihrer Behinderung oder Pflegebedürftigkeit, den gesetzlich vorgesehenen Heimbeirat nicht bilden konnten, sollten zumindest Ersatzformen der Mitwirkung entsprechend den verbliebenen individuellen Möglichkeiten der Heimbewohner praktiziert werden.

(-/19.8.1980/ks/ca)

+ + +



Eine Liste alter Hüte

Herrn Maiers erhobener Zeigefinger erreicht die Jugend nicht

Von Björn Engholm MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Es ist ein bemerkenswerter Vorgang: Da stellt sich der Kultusminister eines deutschen Landes, das sonst zu den Gralshütern der Länderhoheit im Bildungswesen gehört, vor die Bundespressekonferenz und macht der sozialliberalen Bildungspolitik - gemeint doch offensichtlich der Bundespolitik - den Vorwurf, sie habe durch ideologischen Mißbrauch der Schule und Zerstörung der Werte und Bildungsinhalte zumindest Teile der Jugend in Orientierungslosigkeit, Staatsverdrossenheit, Drogensucht, Sektentum abgleiten lassen. Da fragt man sich, wie es denn aussieht in den Ländern, in denen die CDU/CSU für die Schul- und Bildungspolitik verantwortlich ist, ob beispielsweise im Wirkungsbereich des bayerischen Staatsministers Maier - und von ihm ist hier die Rede - allen Jugendlichen der Sinn des Lebens in Schule und Elternhaus so vermittelt wird, daß sie ohne Probleme in die Zukunft schauen. Reicht es wirklich aus, den Jugendlichen, die nicht ohne weiteres von allem überzeugt sind, was ihnen der Staat, was ihnen die ältere Generation vorsetzt und vorlebt - und solche Jugendliche gibt es offensichtlich auch in Bayern - gebetsmühlenartig alte Tugenden wie Fleiß, Ordnung, Disziplin, Verteidigungsbereitschaft und ähnliches mehr vorzuhalten?

Diese Art der Belehrung wird gerade die Jugendlichen nicht erreichen, mit denen das Gespräch gesucht werden muß, ein Gespräch das die Vorstellungen, die Kritik, die Ängste und Zukunftshoffnungen der Jugend einbezieht und nicht überrollt. Politiker werden für Jugendliche nicht dadurch glaubwürdig, daß sie ihnen mit erhobenen Zeigefinger sagen, wo es lang geht. Und wenn Herr Maier als Mitglied der Wahlkampfmannschaft von Herrn Strauß meint, vor allem unsere Jugend erhoffe sich von der Union einen neuen Anfang, so ist dies wohl nur ein Wunschtraum. So sieht offensichtlich auch Herr Strauß die Lage, hat er doch vor nicht all zu langer Zeit gegenüber Herrn Maier in einem Schreiben darüber geklagt, daß die Jugend unverständlicherweise immer noch der sozialliberalen Koalition nachlaufe.

Im übrigen fragt man sich bei der Lektüre der anspruchsvoll betitelten Pressemitteilung "Zukunftsperspektiven für unsere Jugend - die Vorstellungen der Union" verwundert, welches Land Herr Maier hier eigentlich vorstellt, in düsteren Farben gemalt, von Angst geprägt. Da, wo er konkret werden sollte, die Aufgaben der 80er Jahre beschreiben müßte, folgt eine Liste alter Hüte: Bewahrung von Hauptschule, Realschule und Gymnasium in schöner Abgrenzung; Elternwille ja, aber nicht, wo er sich für die Gesamtschule einsetzt; Ausländer in schön getrennten Klassen und ähnliches mehr.

(-/19.8.1980/ks/ca)

+ + +



Wie's der CSU gerade gefällt

Parteipolitik - im Betrieb verboten, in der Handelskammer erlaubt?

Von Jakob Deffner MdL

Landesvorsitzender des DGB in Bayern

Wenn ein 19-jähriger Maschinenschlosser, wie gerade in Regensburg geschehen, mit einer schlichten Plakette "Strauß stoppen" will, wird er mit gerichtlicher Billigung fristlos gefeuert. Wenn Schüler in Bayern mit selbiger Plakette in der Schule herumspazieren, werden sie mit dem ausdrücklichen Segen des Kultusministeriums von der Schule gejagt. Wenn in einer den Unternehmern dienenden Institution des öffentlichen Rechts CSU-Wahlkampfaktionen während der Arbeitszeit unterstützt werden - dann geschieht gar nichts.

In der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern hat der Syndikus und Abteilungsleiter für Volkswirtschaft, Dr. Anton Szöllösi, bei den ihm unmittelbar unterstellten Mitarbeitern Unterschriften für die von der CSU initiierte Aktion "TV-Duell Strauß - Schmidt" gesammelt.

Fast alle Szöllösi-Mitarbeiter unterschrieben brav, darunter auch solche, die politisch keineswegs so rechts gewickelt sind wie ihr Chef. Menschlich durchaus verständlich. Ihnen erging es halt ebenso wie den Münchner Kunstschaffenden Sawallisch, Meisel, Pscherer und Everding, die von ihrem Dienstvorgesetzten, dem Kultusminister Hans Maier, brieflich und telefonisch ersucht wurden, ein CSU-Pamphlet gegen Bernt Engelmann zu unterschreiben (Everding verweigerte allerdings den Kniefall, obwohl ihm Maier fernmündlich den "machiavellistischen Rat" dazu gab. Meisels Unterschrift geriet unter das CSU-Papier, indem man seinen Namenszug einfach abkopierte).

Die Handelskammer-Unterschriftenaktion steht in peinlichem Gegensatz zu heuchlerischen Arbeitgeber-Erklärungen, etwa zu der des Präsidenten der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern, Senator Dr. Ernst Wrede. Dieser wies kürzlich streng darauf hin, daß das Betriebsverfassungsgesetz eine parteipolitische Betätigung im Betrieb ausschließe. Natürlich zielte er damit nur auf die unverbesserlichen Plakettenträger. Daß er auch vor der eigenen Tür kehren könnte, die Idee kam ihm offenbar gar nicht.

Zwischendrin bemerkt: Wrede antwortete mir mit dieser Erklärung, als ich für die Plakettenträger das Recht auf freie Meinungsäußerung auch in Betrieben reklamiert hatte. Die Wrede-Erklärung wurde von der Bayerischen Staatszeitung, die - theoretisch - parteipolitisch neutral sein soll, jubelnd mit der Überschrift "Dr. Wrede: Wahlkampf im Betrieb verboten" verbreitet, während meine vorausgegangene Erklärung keiner Zeile gewürdigt wurde.

Bei der Industrie- und Handelskammer handelt es sich nicht nur um einen "Betrieb", sondern um eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, die gemäß Kammergesetz zu parteipolitischer Neutralität verpflichtet ist. Abgesehen also von der Instinktlosigkeit des Dr. Szöllösi, seine Untergebenen zur Unterschrift zu bitten, verstieß dieser eindeutig gegen einschlägige gesetzliche Bestimmungen. Die Rechtsaufsicht über die Handelskammern führt übrigens das Wirtschaftsministerium. (Womit nicht die unrealistische Hoffnung ausgedrückt sein soll, Minister Anton Jaumann würde gegen einen CSU-Vasallen vorgehen.)

Um die IHK München und den Senator Wrede vor übereilten Gegenerklärungen zu bewahren, seien sie nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es bei der TV-Unterschriftenaktion nicht etwa, wie vielleicht den IHK-Mitarbeitern weisgemacht wurde, um eine parteipolitisch neutrale Angelegenheit ging, sondern um einen besonders hinterhältigen CSU-Wahlkampfbeitrag. Den Unterzeichnern wird selbstverständlich verschwiegen, mit welchen Argumenten die SPD und Kanzler Schmidt ein solches TV-Duell ablehnen: Aus Fairneß gegenüber dem FDP-Partner, und weil es bei uns nun mal keine Kanzler-Direktwahl gibt.

Die simple Rechnung der CSU ist einfach die, den amtierenden Kanzler als Kneifer hinstellen zu können. Freilich ist auch die selbst in CSU-Kreisen öfters zu hörende Version plausibel, derzufolge die CSU mit ihrer Unterschriftenaktion erst begann, als sie sicher sein konnte, daß es zu dem TV-Plausch nicht kommen würde. Denn die Strauß-TV-Darbietungen der jüngeren Zeit haben klargemacht, daß der Unionskanzlerkandidat bei einem Vergleich mit Helmut Schmidt nicht nur bildlich in die Röhre gucken würde.

(-/19.8.1980/ks/ca)
 VERMINDERTER UMSATZ
 MIT WERTVOLLEN ROHSTOFFEN
 Recycling-Papier



Auf Kosten der Programmqualität

Geplante NDR-"Jedermann-Show" ist Menschenverachtung

Von Volker Lakemeinen

Mitglied des niedersächsischen Juso-Landesvorstands

Es erforderte erhebliche Anstrengungen - und viele Zugeständnisse -, um den Norddeutschen Rundfunk als öffentlich-rechtliche Drei-Länder-Anstalt zu erhalten und den von CDU/CSU angepeilten privaten Kommerzfunk vorerst zu verhindern. Neuerdings sorgt der NDR selbst dafür, möglichst bald jeden Einstieg in "amerikanische Verhältnisse" auf Kosten der Programmqualität sicherzustellen.

Der NDR plant für 1981 eine neue Unterhaltungs-Serie mit dem volkstümlich klingenden Titel "Jedermann-Show": "Wer einmal im Fernsehen auftreten will, um sich selbst und den Zuschauern Vergnügen zu bereiten" (NDR-Presseerklärung), solle sich melden.

Dies ist nicht etwa die "Demokratisierung der Unterhaltung", es ist letztlich ein reiner Appell an die niederen Instinkte: Ein Fall von Menschenverachtung. Das US-Vorbild "Gong-Show" beweist es. Aufeinandergehetzt werden "Playback-Perfektionismus" gewohnte Massen-Zuschauerschaften und einzelne Menschen, die glauben, ihrem grauen Alltag wenigstens kurzfristig durch einen Fernseh-Auftritt entrinnen zu können. Dies ist kein Nachwuchswettbewerb, sondern ein übles Spiel mit Eitelkeit und Schadenfreude. Zweck und "Gag" der Sendung ist nämlich nicht, einen Amateur-"Zauberer, Sänger, Clown, Akrobat..." seinen Auftritt beenden zu lassen - richtig "lustig" wird es im Sinn der Programm-Erfinder erst, wenn endlich ein Mitglied der aus Showprofis oder sonstigen "Prominenten" bestehenden Jury mit deutlichen Zeichen des Abscheus einen Gong schlägt und somit der "naive Künstler" von der Bühne getrieben wird: Nicht länger zu ertragen.

Mit einer solchen Sendung wird programmiert, daß sich Individuen in aller Öffentlichkeit lächerlich machen, damit sich ihre Mitmenschen lachend auf die Schenkel schlagen können.

Es ist davon auszugehen, daß man im NDR weiß, worauf man sich einläßt: Unsere Kenntnis der "Gong-Show" verdanken wir einer kritischen NDR-Sendereihe über US-amerikanische Unterhaltungsserien.

Die Gremien sind aufgefordert, die "Jedermann-Show" zu verhindern. Eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt verliert ihre Existenzbegründung, wenn sie die gleichen Programme wie ein kommerzielles System anbietet. (-/19.8.1980/ks/ca)

+ + +

